

Niederschrift

über die 23. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Dienstag, **16.10.2007**, 17:00 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Georg Berding , Herr Josef Rickfelder , Herr Florian Steinforth , Herr Stefan Weber , Frau Helga Welker , Frau Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Herr Manfred Engelmann , Frau Elke Leiendecker , Herr Kurt Pölling

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Herr Thomas Marczinkowski , Herr Tim Rohleder

von der FDP-Fraktion

Herr Hans Varnhagen

von der Verwaltung

Herr Frank Ahlmann , Frau Martina Arndts-Haupt , Herr Erwin Goerke , Herr Winfried Hagel , Herr Dr. Wolf Heinrichs , Frau Michaela Heuer , Herr Martin Schulze-Werner

für die Schriftführung

Frau Andrea Gottlob

Es fehlten:

Herr Heribert Klas , Herr Fritz Pfau , Herr Werner Quante , Frau Ursula Schaffstein , Frau Dr. Rita Stein-Redent

Gäste:

Herr Polizeirat Albers,

Tagesordnung:

1. Eingänge und Mitteilungen

<u>V/0757/2007</u> I	2.	Künftige Organisationsform des Amtes für Liegenschaften und des Amtes für Gebäudemanagement
<u>V/0650/2007</u> I	3.	Konzeption zur Bewirtschaftung und Unterhaltung der öffentlichen Toilettenanlagen im Stadtbezirk Münster
<u>V/0739/2007</u> I	4.	Vorläufiger Masterplan und Sachstandsbericht "Verkehrsunfallprävention" 2007
	5.	Handlungskonzept "Maßnahmen gegen Graffiti" SPD-Antrag vom 05.09.2007
	6.	Öffnungszeiten des Wochenmarktes FDP-Antrag vom 05.03.07
	7.	Verschiedenes

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr Schulze-Werner berichtete über die letzte Sitzung der Beschwerdekommision. Es lägen etliche Beschwerden über die Situation am Alten Fischmarkt vor. Es ginge um die dortigen Gaststätten, insbesondere zum Beispiel um das „Schwarze Schaf“. Aufgegriffen wurde in dem Zusammenhang in der Sitzung auch die Situation an der Hörsterstraße. Hier sei die neue Gaststätte/der neue Imbiss „BARock“ im Focus. Resultat der Sitzung sei, dass voraussichtlich jetzt die Sperrzeiten verlängert würden. Es sei mit erheblichem Protest der Gaststättenbetreiber zu rechnen, die sicherlich nicht damit einverstanden seien. Hier komme voraussichtlich viel Ärger auf Verwaltung und Politik zu.

Herr Dr. Heinrichs erklärte zur Besetzung der Position „Amtsleitung Liegenschaften/Gebäudemanagement“, dass nunmehr ein Personalberatungsunternehmen, mit dem die Stadt Münster bereits gute Erfahrungen gemacht habe, mit der externen Stellenausschreibung beauftragt werde. Erste Gespräche seien bereits geführt. Ziel sei es, dass der Rat in seiner Sitzung am 12.12.07 die personelle Entscheidung zur Besetzung der Stelle treffen könne.

Auf Nachfrage von Herrn Pölling, wie es nach der Absage der vom Rat gewählten Bewerberin mit der Stellenbesetzung „Leitung Bauordnungsamt“ weiterginge, erklärte Herr Dr. Heinrichs, dass eine Stellenausschreibung in Vorbereitung sei. Hierbei setze er das ausdrückliche Einverständnis des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung für die externe Ausschreibung voraus. Die Mitglieder des Ausschusses erklärten sich damit einvernehmlich einverstanden.

Punkt 2 der Tagesordnung **V/0757/2007**

Künftige Organisationsform des Amtes für Liegenschaften und des Amtes für Gebäudemanagement

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Amt für Liegenschaften und das Amt für Gebäudemanagement noch im Jahr 2007 zusammengelegt werden.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das zusammen gefasste Amt für Liegenschaften / Amt für Gebäudemanagement zum 01.01.2009 in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung überführt werden kann.
- II. Kosten/Folgekosten:
Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass mit der Überführung des Amtes in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung einmalige Umstellungsaufwendungen (Umstellung des Rechnungswesens, Erstattung Eröffnungsbilanz etc.) von bis zu 100 T € entstehen werden, die im Haushaltsplan 2008 zur Verfügung zu stellen sind.
- III. Mittelbereitstellung/Finanzierung:
Die notwendigen Aufwendungen werden im Teilergebnisplan nach heutigem Planungsstand bei der Produktgruppe 01.08 (Personal- und Organisationsmanagement), Zeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) veranschlagt.

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0650/2007**

**Konzeption zur Bewirtschaftung und Unterhaltung
der öffentlichen Toilettenanlagen im Stadtbezirk
Münster**

Herr Varnhagen erklärte, dass es in der Sitzung der BV-Ost einen Änderungsantrag gegeben habe, welchen die BV-Ost einstimmig beschlossen habe. Der Änderungsantrag beinhalte, dass entgegen dem Vorschlag der Verwaltung im vorliegenden Konzept der Standort der Toilettenanlage Dyckburg/Handorf beibehalten werden und weiterhin der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen solle. Herr Dr. Heinrichs berichtete über laufende Gespräche mit der Leitung des Waldkindergartens. Es werde von dieser eine Übernahme der Nutzung ausschließlich für Zwecke des Kindergartens erwogen.

Herr Rickfelder erklärte, dass die CDU-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung folgen werde. Er begründete dies ausführlich.

Für die Verwaltung gab zunächst Herr Ahlmann vom Ordnungsamt eine Stellungnahme ab. Herr Dr. Heinrichs ergänzte dazu und erklärte zum Verfahren, warum die Vorlage heute beschlossen werden sollte. Würde die Vorlage zeitlich geschoben, könnte voraussichtlich erst im Januar 2008 in das Vergabeverfahren eingestiegen werden. Das wiederum würde das zeitliche Ziel „Vergabe der Bewirtschaftung und Unterhaltung der öffentlichen Toiletten zum 01.01.2009 an einen privaten Betreiber“ gefährden.

Herr Dr. Heinrichs erklärte ergänzend, dass zur Beratung im Hauptausschuss am 24.10.07 mögliche abweichende Beschlussvorschläge zusammengefasst vorgelegt würden. Weitere Details wie z.B. die Einrichtung von Wickeltischen u.a. würden in dem nunmehr gebildeten interfraktionellen Arbeitskreis besprochen.

Nach kurzer Diskussion beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt der anliegenden Konzeption zur Bewirtschaftung und Unterhaltung der öffentlichen Toilettenanlagen im Stadtbezirk Münster zu.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Schritte zur Umsetzung der Konzeption in die Wege zu leiten.

II. Kosten/Folgekosten

Kosten und Folgekosten können derzeit nicht beziffert werden.

**Punkt 4 der Tagesordnung
VI/0739/2007**
**Vorläufiger Masterplan und Sachstandsbericht
"Verkehrsunfallprävention" 2007**

Herr Weber begrüßte an dieser Stelle Herrn Polizeirat Albers, der zur Verkehrsunfallsituation in Münster einen anschaulichen und informativen Vortrag hielt.

Im Anschluss daran erläuterte Herr Schulze-Werner kurz inhaltlich die Vorlage und begründete ausführlich die Intention der Verwaltung zu dieser Vorlage. Insbesondere hob er die Notwendigkeit der Bereitstellung entsprechender Finanzmittel hervor. Nur damit seien nachhaltige Erfolge auf dem Gebiet der Verkehrsunfallprävention zu erreichen. Er richtete die ausdrückliche Bitte an die Ausschussmitglieder, bei den Haushaltsberatungen 2008 die von der Verwaltung angemeldeten Beträge auch entsprechend bereit zu stellen.

Anschließend gaben Herr Pölling für die SPD-Fraktion und Herr Weber für die CDU-Fraktion Stellungnahmen ab und sagten ihre volle Unterstützung zu. Herr Weber wies noch auf einen Antrag der Fraktionsgemeinschaft UWG/ödp hin, der wohl im Hauptausschuss gestellt werde. Darin ginge es der Fraktionsgemeinschaft um drei Punkte:

1. Neben der Prüfung der baulich-strukturellen Gegebenheiten solle auch das Fehlverhalten der Verkehrsteilnehmenden an bekannten Brennpunkten geprüft werden
2. Es solle eine sog. „freiwillige Beschulung“ angeboten werden
3. Die Kosten seien über die Mittel der Ordnungspartnerschaft abzurechnen.

Ohne die Beratung im Hauptausschuss vorweg nehmen zu wollen, wurde kurz auf die einzelnen Punkte eingegangen. Herr Albers nahm Stellung zu Punkt 1, Herr Schulze-Werner zu Punkt 2 und 3. Beide waren einvernehmlich der Meinung, dass der Antrag inhaltlich abgelehnt werden müsse.

Herr Dr. Heinrichs berichtete, dass ein Sprecher der UWG ihn gebeten habe, den Antrag auf rechtliche Umsetzbarkeit hin zu überprüfen. Dies habe er zugesagt. Unter Umständen werde der Punkt 2 des Antrags noch zurück genommen. Herr Dr. Heinrichs werde in jedem Fall die Fraktionen über eine kurze Stellungnahme dazu unterrichten.

Es ergab sich insgesamt eine lebhafte und intensive Diskussion zu der Problematik der Verkehrsunfallsituation. Herr Weber bedankte sich danach bei Herrn Albers für die umfangreichen und informativen Ausführungen.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss anschließend einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt den vorläufigen Masterplan „Verkehrsunfallprävention“ 2007 und den Sachstandsbericht 2007 (Anlage 1) zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Rat unterstützt das „Memorandum of Understanding (MOU)“ (Anlage 2), das das Ordnungsamt und die Polizei mit dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. in 2007 anlässlich der Gründung der Ordnungspartnerschaft „Verkehrsunfallprävention“ vereinbart hat.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den vorläufigen Masterplan 2007 nach Abschluss der Gutachten zur Verkehrsunfallanalyse fortzuschreiben und als Leitbild für die Verkehrssi-

cherheitsarbeit mit einem Verkehrssicherheitsprogramm 2008 – 2012 zur Beschlussfassung bis zur Haushaltsberatung 2009 vorzulegen.

4. Die Verwaltung bearbeitet Projekte der Verkehrsunfallprävention mit besonderer Priorität. Soweit erforderlich, wird den Ratsgremien vorab zur Kenntnis gegeben, wenn andere Verkehrsprojekte aus Kapazitätsgründen eine andere zeitliche Priorität erhalten sollen.
5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen zum Haushalt 2008 und in den Folgejahren zur Umsetzung der vom Gutachter empfohlenen und für erforderlich identifizierten Verkehrsunfallpräventionsmaßnahmen zusätzliche Mittel bei der Produktgruppe 1201 (ab 2008) für bauliche und verkehrsregelnde Maßnahmen in Höhe von 250.000 € und bei der Produktgruppe 0203 für Öffentlichkeitsarbeit in Höhe von 150.000 € von der Verwaltung angemeldet werden.

Punkt 5 der Tagesordnung

Handlungskonzept "Maßnahmen gegen Graffiti" SPD-Antrag vom 05.09.2007

Herr Pölling erläuterte nochmals kurz den Antrag der SPD-Fraktion, der in der Sitzung am 18.09.07 eingebracht wurde. Herr Dr. Heinrichs schlug vor, dem Ausschuss zu März 2008 einen erneuten Bericht der Verwaltung zu den dann vorliegenden Schadenszahlen und den sich daraus ergebenden Aktivitäten vorzulegen.

Die Mitglieder des Ausschusses erklärten sich einvernehmlich damit einverstanden.

Punkt 6 der Tagesordnung

Öffnungszeiten des Wochenmarktes FDP-Antrag vom 05.03.07

Herr Varnhagen begründete für die FDP-Fraktion den Antrag. Er wolle, um das Thema abzuschließen, eine weitere Befragung sämtlicher Marktbesicker erwirken. Herr Schulze-Werner erklärte dazu, dass bereits im Sommer 2006 diese Befragung durchgeführt worden sei. Erst am 09.10.07 habe er mit mehreren Vertretern der Marktbesicker gesprochen. In diesem Gespräch seien die Öffnungszeiten überhaupt kein Thema gewesen, es gäbe hierzu keine Probleme.

Nach kurzer Diskussion schlug Herr Dr. Heinrichs vor, im Frühjahr 2008 eine erneute Befragung durchzuführen. Die Verwaltung werde dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen einen konkreten Vorschlag zum weiteren Verfahren unterbreiten.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Weber verabschiedete den aus dem Dienst der Stadt Münster ausscheidenden Personalratsvorsitzenden Herrn Hagel. Er bedankte sich im Namen des Ausschusses für die gute und kritisch-konstruktive Zusammenarbeit. Herr Hagel gab diesen Dank mit einem kurzen Rückblick auf seine Tätigkeit in der Verwaltung und mit dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung zurück.

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Stefan Weber
Vorsitz

Andrea Gottlob
Schriftführung